

Ausschussgemeinschaft FDP/JU, Tränktorstraße 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Scharpf

Datum 01.12.2021  
Telefon (0841) 99 35 68 32  
E-Mail fdp.ju@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	10.02.2022	Entscheidung	

**Ausbau der B16 mit Bürgern gestalten**  
**-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 01.12.2021-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt folgenden

**Antrag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt stellt fest:
  - a. Intakte Lieferketten und leistungsfähige, sichere Verkehrsachsen sind für die Wirtschaft, für Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region von hohem Wert.
  - b. Eine gute Zusammenarbeit der Stadt Ingolstadt und der drei Landkreise in Mobilitätsfragen ist nur möglich, wenn wir als Stadt auch die Interessen der anderen Gebietskörperschaften anerkennen.
  - c. Für die Ausbauplanungen der Bundesstraße B16 müssen durch das staatliche Bauamt Ingolstadt faktenbasierte Erhebungen über die Verkehrsbelastung des Streckenabschnitts südlich von Ingolstadt aktualisiert werden.
  - d. Die berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner im Süden Ingolstadts sind transparent zu machen und müssen in die weiteren Planungen einfließen.
  - e. Die verkehrlichen Auswirkungen der Ausbauplanung auf die südlichen Stadtteile müssen genau und kritisch betrachtet werden. Allerdings kann die allgemeine Verkehrssituation im Ingolstädter Süden nicht mit der B16 als überregionaler Verkehrsachse vermengt werden. Ein Verkehrsstruktur-gutachten für den gesamten Ingolstädter Süden als Basis für die Ausbauplanungen der B16 ist nicht zielführend.
  - f. Der Flächenverbrauch der vorgestellten Straßenplanungen des staatlichen Bauamtes ist zu minimieren, ggf. auch mit Abweichungen von Regelwerken, sofern die Verkehrssicherheit dadurch nicht beeinträchtigt wird.
2. Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt bittet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur daher:
  - a. das Verkehrsaufkommen der B16 auf Ingolstädter Grund (Verkehrsstärke und Schwerverkehrsanteil) nach dem Ende pandemiebedingter Lockdowns erneut zu untersuchen und

- b. die durch die Ausbauplanungen zu erwartende zusätzliche Verkehrsbelastung in Zufahrtsstraßen benachbarter Ortsteile genau zu betrachten (insbes. Oberstimmer Straße, Karlskroner Straße).
3. Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt bittet das Staatliche Bauamt Ingolstadt, die Umsetzung der Knotenpunktvariante an der bestandsorientierten Anschlussstelle IngoPark (Abschnitt 7) nochmals in folgenden Varianten und mit diesen Maßgaben zu prüfen:
  - a. Verschiebung der südlichen Abfahrt zum IngoPark östlich der Brücke an der Oberstimmer Straße und noch westlich des Großparkplatzes ODER
  - b. Verschiebung der südlichen Ab- und Auffahrt (IngoPark) in Richtung Leilachsee, um die Beeinträchtigung der bestehenden Gewerbefläche (Großparkplatz und nordöstlich angrenzendes Grundstück) zu minimieren.
  - c. Flächenschonende Trassenführung bei der nördlichen Ab- und Auffahrt zwischen Karlskroner Straße und IngoPark entlang bestehender Fahrwege.
  - d. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den gesamten Planungsabschnitt, mindestens aber für den Bereich zwischen Hagau und Zuchering, wird zur Lärminderung und aus Umweltschutzgründen geprüft.

### **Begründung:**

In den vergangenen Jahren war eine deutliche Zunahme der Verkehrsbelastung auf der B16 feststellbar. Die Bundesstraße ist als leistungsstarke Achse zwischen Nordost- und Südwestbayern für die Menschen und die Betriebe in Bayern und in unserer Region unverzichtbar. Gerade in den letzten Monaten ist deutlich geworden, welche große Bedeutung intakte Lieferketten für die Wirtschaft haben. Abgerissene Lieferketten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit; Produktionsausfälle oder -minderungen treffen am Ende immer die Beschäftigten. Aber auch für den Arbeitsweg und die allgemeine individuelle Mobilität ist die B16 von hohem Wert.

Für uns als Antragsteller steht fest: Die Menschen und die Wirtschaft brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur. Dazu gehört die Straße. Eine Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs auf die Schiene ist grundsätzlich erstrebenswert, aber nicht überall möglich. Der Ausbau bestehender Straßen ist überdies ökologisch und ökonomisch sinnvoller als die Verlegung neuer Trassen. Konkret trägt der Ausbau der B16 zur Verkehrssicherheit bei und verringert die Staugefahr, was angrenzende Siedlungsgebiete vom Ausweichverkehr entlastet. Eine allgemeine Verringerung des Verkehrsaufkommens ist nicht zu erwarten; vielmehr werden auch emissionsarme und -freie Fahrzeuge künftig weiter auf Straßen fahren.

Gleichwohl bringt ein Straßenausbau immer auch Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner mit sich. Es gilt daher, diese so weit als möglich zu reduzieren. Wir unterstützen die Forderung der Bevölkerung vor Ort, mit einer aktualisierten Analyse des Verkehrsaufkommens die Notwendigkeit des Ausbaus transparent zu machen. Diese Verkehrszählungen sollen auch Prognosen zu den Auswirkungen auf Straßen in Siedlungsbereichen enthalten.

Zudem teilen wir das Unverständnis über den aktuell geplanten Entfall der unmittelbaren Anschlussstelle IngoPark. Die Knotenpunktvariante, die sich am aktuellen Bestand orientiert, sollte beidseitig nochmals mit der Maßgabe geprüft werden, Natur- und Gewerbeflächen so wenig wie möglich zu zerschneiden.

gez.  
Jakob Schäuble

gez.  
Veronika Hagn

gez.  
Dr. Markus Meyer

gez.  
Karl Ettinger